

Schirmherrin: Katrin Sass
www.coa-aktionswoche.de

Aufruf zur sechsten bundesweiten Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien

Ca. **2,65 Millionen Kinder wachsen in Deutschland mit suchtkranken Eltern auf**. Sie sind die größte bekannte Risikogruppe für eine eigene Suchterkrankung und lebenslang hochgefährdet, psychische Krankheiten sowie soziale Störungen zu entwickeln. Kinder aus Suchtfamilien sind noch immer vergessene Kinder, die durch die Maschen der bestehenden Hilfesysteme allzu oft hindurchrutschen.

Keine angemessene flächendeckende Versorgung für Kinder aus Suchtfamilien

Der aktuelle **Bundes-Drogenbericht bilanziert nüchtern, dass diese Kinder und ihre Familien „...derzeit nicht flächendeckend angemessen versorgt bzw. unterstützt werden.“** Mehr noch: Die wenigen passgenauen Angebote aus dem Bereich der Suchthilfe, die in Deutschland für Kinder suchtkranker Eltern existieren, sind meistens unterfinanziert, haben keine Bestandssicherheit und sind für ihre Arbeit oft auf Spenden angewiesen. In Schulen und Kindergärten, wo nahezu alle Kinder erreicht werden könnten, ist der Umgang mit Kindern suchtkranker Eltern häufig von Unsicherheit geprägt. Aus Angst, das Falsche zu tun, unterlassen die Pädagog/innen oftmals das Mögliche.

Milliardenschwere Folgekosten

Nach Berechnungen der Universität Hamburg entstehen **durch Alkoholkonsum jedes Jahr in Deutschland volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von mehr als 40 Milliarden Euro**. Das ist mehr als das Zwölfwache dessen, was der deutsche Fiskus pro Jahr an Alkoholsteuer einnimmt (3,2 Mrd. Euro). Hinter den Milliardenbeträgen verbirgt sich millionenfaches menschliches Leid: zerstörte Biografien, zerstörte Familien. **Doch das Leid der durch elterliche Suchtprobleme mitbetroffenen Kinder und die Folgekosten sind in diesen Berechnungen** der Uni Hamburg **noch nicht einmal enthalten**. Amerikanische Studien beziffern die langfristigen Folgekosten bei Kindern aus suchtbelasteten Familien in Form von Gesundheitskosten und Produktivitätsausfällen für die USA mit hohen dreistelligen Milliardenbeträgen. Das Leid der Kinder ist dasselbe, gleichgültig, in welchem Land sie leben. Auch in Deutschland schlägt sich dieses Leid in Form von sozialen Kosten nieder. Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Bundesgesundheitsministerium bislang noch keinen hinreichenden Forschungsbedarf für die Ermittlung dieser Kosten sieht. Dies muss sich dringend ändern, zumal die Zahl der Alkoholkranken in Deutschland ansteigt.

Präventionsgesetz macht einen Bogen um die Alkoholproblematik

Der Alkohol ist immer noch die Volksdroge Nr. 1 in Deutschland. Vor dem Hintergrund der hohen Folgeschäden gerade auch in Bezug auf die heranwachsende Generation ist es unverständlich, dass die **Reduzierung des Alkoholkonsums im Gesetzesentwurf des Bundes-Präventionsgesetzes nicht ausdrücklich in die Liste der zu erreichenden Gesundheitsziele aufgenommen** wurde. Anlässlich des Beschlusses im Bundeskabinett im Dezember sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) zu den Zielen des Gesetzes: „Es geht darum, Krankheiten zu vermeiden, bevor sie überhaupt entstehen.“ Es ist hinreichend

wissenschaftlich belegt, dass ca. ein Drittel der Kinder aus Suchtfamilien später selber stofflich abhängig wird und ein Drittel psychisch erkrankt. Wenn der Gesetzgeber diese absehbaren Erkrankungsrisiken für die 2,65 Millionen betroffenen Kinder vermeiden will, bevor diese tatsächlich erkranken, müssen die Zielsetzungen des geplanten Bundespräventionsgesetzes erweitert werden.

Die Initiatoren der Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien fordern deshalb:

- Unterstützungsangebote für Kinder aus Suchtfamilien müssen Teil der Regelversorgung werden. Sie sind flächendeckend auszubauen und angemessen zu finanzieren.
- Suchtprävention in Schule und Kindergarten muss flächendeckend gestärkt werden. Die Mitarbeiter/innen müssen durch Aus- und Fortbildung befähigt werden, Kinder aus suchtbelasteten Familien erkennen, verstehen und unterstützen zu können.
- Die Reduzierung des Alkoholkonsums muss in die Liste der Gesundheitsziele im Bundespräventionsgesetz aufgenommen werden.
- Das Wissen um die Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder aus suchtbelasteten Familien muss verpflichtend Ausbildungsinhalt für die pädagogischen, medizinischen und sozialen Berufe werden.
- Die auf einer Fachtagung des Bundesgesundheitsministeriums im Jahre 2003 verabschiedeten "10 Eckpunkte zur Verbesserung der Situation von Kindern aus suchtbelasteten Familien" müssen nach über zehn Jahren Untätigkeit seitens der Politik endlich in Bund, Ländern und Gemeinden umgesetzt werden (siehe Anhang).

Um diese Forderungen zu unterstreichen, lenkt die Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien vom 8. bis 14. Februar 2015 die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Medien auf diese Kinder. Veranstaltungen und Aktionen in ganz Deutschland sensibilisieren die Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit für die Problematik von Kindern aus Suchtfamilien und vermitteln Informationen. Das Programm der Aktionswoche sowie Tipps, wie jedermann und jedefrau aktiv daran teilnehmen kann, finden sich auf der Website www.coa-aktionswoche.de.

Die Aktionswoche läuft zeitgleich mit der „Children of Alcoholics Week“ in den USA und in Großbritannien. Sie steht in Deutschland unter der Schirmherrschaft der Schauspielerin Katrin Sass. Die Aktionswoche wird gefördert von der BARMER GEK.

Berlin / Hamburg / Düsseldorf, 12. Januar 2015

Die Vorstände von

NACOA Deutschland e. V.
Such(t)- und Wendepunkt e. V.
Kunst gegen Sucht e. V.

Kontakt: info@coa-aktionswoche.de
www.coa-aktionswoche.de
#Suchtfamilien
www.facebook.com/nacoa.de

Die Aktionswoche ist ein Gemeinschaftsinitiative von:

NACOA Deutschland e.V.
Gierkezeile 39
10585 Berlin
Tel.: 030/35 12 24 30
E-Mail: info@nacoa.de

Such(t)- und Wendepunkt e. V.
Koppel 55
20099 Hamburg
Tel.: 040/244 241 80
E-Mail: info@suchtundwendepunkt.de

Kunst gegen Sucht e.V.
Brückenstr. 19
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211/876 65 66
E-Mail: daria-piatkowski@t-online.de

10 Eckpunkte zur Verbesserung der Situation von Kindern aus suchtblasteten Familien¹

In Deutschland leben über 2,5 Mio. Kinder unter 18 Jahren, die mit mindestens einem suchtkranken Elternteil aufwachsen. Diese Kinder leiden häufig unter kognitiven Einschränkungen sowie sozialen, psychischen und körperlichen Belastungen. Zudem leben sie mit einem erhöhten Risiko, später selbst suchtkrank zu werden. Die Verbesserung ihrer Situation ist eine Zukunftsaufgabe - für die betroffenen Kinder, ihre Familien und für die Gesellschaft.

1. Kinder aus suchtblasteten Familien haben ein Recht auf Unterstützung und Hilfe, unabhängig davon, ob ihre Eltern bereits Hilfeangebote in Anspruch nehmen.
2. Den Kindern muss vermittelt werden, dass sie keine Schuld an der Suchterkrankung der Eltern tragen. Sie brauchen eine altersgemäße Aufklärung über die Erkrankung der Eltern und bestehende Hilfeangebote.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den Hilfesystemen, insbesondere der Suchtkrankenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und den medizinischen Diensten, muss optimiert werden. Um wirkungsvolle Interventionen zu erreichen, muss arbeitsfeldübergreifend kooperiert werden. Lehrer, Erzieher, Ärzte, Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen müssen verbindlich zusammen arbeiten. Das Ziel ist, betroffene Kinder und Eltern frühzeitig zu erkennen und die ihnen angemessene Unterstützung anzubieten.
4. Die Öffentlichkeit muss über die Auswirkungen von Suchterkrankungen auf Kinder und Familien informiert werden. Eine sensibilisierte Öffentlichkeit erleichtert es Eltern, die Sucht als Krankheit anzunehmen. So wird den Kindern der Weg geebnet, Unterstützung zu suchen und anzunehmen.
5. Das Schweigen über Suchterkrankungen muss beendet werden. Es muss ein Klima geschaffen werden, in dem betroffene Eltern und Kinder Scham- und Schuldgefühle leichter überwinden und Hilfe annehmen können. Kinder leiden unter Familiengeheimnissen.
6. Auch Suchtkranke wollen gute Eltern sein. Suchtkranke Eltern brauchen Ermutigung und Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Elternverantwortung. Das Wohl der Kinder muss bei diesen Bemühungen im Mittelpunkt stehen.
7. Die familienorientierte Sichtweise erfordert eine gemeinsame innere Haltung der beteiligten Helfer. Sie muss Grundlage aller Angebote und Interventionen sein.
8. Bei Kindern, deren Familien sich gegen Hilfeangebote verschließen, kann zum Schutz der Kinder im Einzelfall auch eine Intervention gegen den Willen der Eltern erforderlich werden.
9. Schule und Kindertagesstätte sind zentrale Lebensräume für Kinder aus suchtblasteten Familien. Sie müssen dort mit der erforderlichen Aufmerksamkeit frühzeitig erkannt werden. Gemeinsam mit den Eltern müssen Hilfeangebote vermittelt werden.
10. Das Wissen über die Entstehung von Suchterkrankung sowie die Auswirkungen auf Kinder und Familien muss verpflichtend in die Ausbildung der pädagogischen, psychologischen und medizinischen Berufsgruppen aufgenommen werden. So wird das Bewusstsein der Problematik in den jeweiligen Fachdisziplinen frühzeitig gefordert und langfristig eine gesellschaftliche Einstellungsveränderung gefördert.

¹ Vereinbarung auf der Fachtagung „Familiengeheimnisse - Wenn Eltern suchtkrank sind und die Kinder leiden“, 04. und 05. Dezember 2003 im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin